

# AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES  
Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 68

DIENSTAG, DEN 1. SEPTEMBER

2015

## Inhalt:

	Seite		Seite
Genehmigungsverfahren . . . . .	1445	Bekanntgabe des Ergebnisses einer standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht . . . . .	1446
Öffentliche Plandiskussion über den Bebauungsplan-Entwurf Bahrenfeld 65 . . . . .	1445	Änderung von Satzungen der Apothekerkammer Hamburg . . . . .	1446

## BEKANNTMACHUNGEN

### Genehmigungsverfahren

Der Firma AKN Eisenbahn AG, Rudolf-Diesel-Straße 2, 24568 Kaltenkirchen, wird nach Maßgabe der geprüften Antragsunterlagen die Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer Anlage zum Umschlagen von gefährlichen Abfällen im Güterbahnhof Hamburg-Billbrook, Moorfleeter Straße 25 in Hamburg-Billbrook, Gemarkung Billbrook, Flurstücke 1768, 2417 und 2418, erteilt (§ 4 Absatz 1 des Gesetzes zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge [Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG] in Verbindung mit § 10 BImSchG und §§ 1 und 2 der Vierten Verordnung zur Durchführung des BImSchG [4. BImSchV] sowie der Nummer 8.15.1 G Anhang 1 der 4. BImSchV).

Die Genehmigung ist mit Nebenbestimmungen (unter anderem umwelt- und arbeitsschutzrechtlichen Bedingungen und Auflagen) versehen und berechtigt zum Umschlag von gefährlichen Abfällen in geschlossenen Gefahrgutcontainern von Bahnwagen auf Container-Lkw.

#### Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen den Bescheid ist der Widerspruch zulässig. Er ist innerhalb eines Monats nach der Zustellung bei der Behörde für Umwelt und Energie, Amt für Umweltschutz, Abteilung Abfallwirtschaft, Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, einzulegen.

#### Hinweise:

Der Bescheid wurde der Antragstellerin zugestellt. Gegenüber den übrigen Betroffenen gilt der Bescheid mit dem Ende der Auslegungsfrist am 15. September 2015 als zugestellt. Nach der öffentlichen Bekanntmachung kann der Genehmigungsbescheid bis zum Ablauf der Rechtsbehelfsfrist von den Beteiligten im Sinne des § 13 des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Bundes (VwVfG) schriftlich bei der Behörde für Umwelt und Energie, Amt für Umweltschutz, Abteilung Abfallwirtschaft, Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, angefordert werden (§ 69 Absatz 2 Satz 6 VwVfG).

Eine Ausfertigung des Genehmigungsbescheids und der dazugehörigen Antragsunterlagen liegt vom 2. September 2015 bis zum 15. September 2015 an den folgenden Stellen zu den angegebenen Zeiten zu jedermanns Einsicht öffentlich aus:

1. Behörde für Umwelt und Energie, Abfallwirtschaft, Raum G.EG.390, Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, montags bis donnerstags von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr, freitags von 8.00 Uhr bis 14.00 Uhr;
2. Bezirksamt Hamburg-Mitte, Zimmer 200, Klosterwall 6 (Block C), 20095 Hamburg, montags, dienstags und donnerstags von 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr, freitags von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.

Hamburg, den 1. September 2015

**Die Behörde für Umwelt und Energie**

Amtl. Anz. S. 1445

### Öffentliche Plandiskussion über den Bebauungsplan-Entwurf Bahrenfeld 65

Der Planungsausschuss der Bezirksversammlung Altona führt über die beabsichtigte Planung für das Gebiet des Bebauungsplan-Entwurfs Bahrenfeld 65 mit den Bürgerinnen und Bürgern eine öffentliche Plandiskussion mit öffentlicher Darlegung und Erörterung durch.

Das Plangebiet wird wie folgt begrenzt: Leunastraße – Ruhrstraße – Leverkusenstraße – Schützenstraße (Bezirk Altona, Ortsteil 215).

Mit dem Bebauungsplan mit der beabsichtigten Bezeichnung Bahrenfeld 65 sollen Flächen für nicht erheblich belästigende Gewerbebetriebe planungsrechtlich gesichert werden. Einzelhandelsbetriebe, Spielhallen, Wettbüros, Hotels, gewerbliche Freizeiteinrichtung (wie zum Beispiel Fitnesscenter, Squash-, Bowling- und Tennishallen) sowie Vorführ- und Geschäftsräume, deren Zweck auf Darstellungen oder auf Handlungen mit sexuellem Charakter ausgerichtet ist, sollen ausgeschlossen werden. Im Gewerbegebiet (GE) sollen Anlagen für kulturelle Zwecke im Sinne von § 8 Absatz 3 Nummer 2 BauNVO ausnahmsweise zugelassen werden. Die Wohngebäude entlang der Leverkusen- und der Schützenstraße sollen als Bestandteil in das Plangebiet einbezogen werden. Ziel der Planung ist, ein verträgliches Nebeneinander zwischen gewerblichen Nutzungen und Wohnnutzung herzustellen. Für die Wohngebäude soll ein erweiterter Bestandsschutz gelten.

Die Veranstaltung findet am Mittwoch, dem 16. September 2015, um 19.30 Uhr in der Stadtteilschule Bahrenfeld, Regerstraße 21, 22761 Hamburg, statt.

Anschauungsmaterial kann ab dem 3. September 2015 innerhalb der Öffnungszeiten des Zentrums für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt (WBZ) des Bezirksamts Altona, Jessenstraße 1-3 (Technisches Rathaus), 22767 Hamburg, eingesehen werden. Auskünfte werden montags von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr, dienstags von 8.00 Uhr bis 12.30 Uhr, donnerstags von 8.00 Uhr bis 15.30 Uhr sowie am 16. September 2015 ab 18.30 Uhr am Veranstaltungsort erteilt.

Hamburg, den 25. August 2015

**Das Bezirksamt Altona**  
Amtl. Anz. S. 1445

## Bekanntgabe des Ergebnisses einer standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Die NCC Deutschland GmbH, Am Nordstern 1, 15517 Fürstenwalde/Spree, als Vorhabensträger hat beim Bezirksamt Bergedorf, Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt, als Planfeststellungsbehörde, eine Genehmigung nach § 68 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushaltes (WHG) zur Erschließung der Oberflächenentwässerung für das Wohngebiet Kirchwerder 30/Ochsenwerder 11 beantragt. Die Erschließung beinhaltet den Ausbau neuer Gräben sowie das Aufweiten und Verfüllen vorhandener Gräben. Diese Maßnahmen stellen einen sonstigen Gewässerausbau nach Nummer 13.18.2 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) dar und unterliegen der Pflicht zur standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalles.

Nach der standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 3c Satz 2 UVPG wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für dieses Vorhaben abgesehen. Die Prüfung erfolgte im Rahmen eines gutachterlichen Auftrages. Der Gutachter kommt zu dem Ergebnis, dass die geplante Maßnahme keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zur Folge haben wird und die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung daher nicht erforderlich ist.

Das Vorhaben kann nach Einschätzung der Planfeststellungsbehörde auf Grund überschlüssiger Prüfung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien und der besonderen örtlichen Bedingungen keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben, die nach § 12 UVPG bei der Entscheidung über die Zulassung zu berücksichtigen wären. Die Begründung der Feststellung, dass für das Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, ist beim Bezirksamt Bergedorf nach den Bestimmungen des Umweltinformationsgesetzes der Öffentlichkeit zugänglich.

Hamburg, den 26. August 2015

**Das Bezirksamt Bergedorf**  
– Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt –  
als Planfeststellungsbehörde

Amtl. Anz. S. 1146

## Änderung von Satzungen der Apothekerkammer Hamburg

Die Kammerversammlung der Apothekerkammer Hamburg hat in ihrer Sitzung am 29. Juni 2015 die Erste Satzung zur Änderung der Beitrags- und Leistungsordnung der Familien- und Gehaltsausgleichskasse und zur Änderung der Gebührensatzung der Apothekerkammer Hamburg beschlossen.

Die Satzung wurde am 22. Juli 2015 gemäß § 57 in Verbindung mit § 19 Absatz 2 Ziffer 1 des Hamburgischen Kammergesetzes für die Heilberufe (HmbKGGH) vom 14. Dezember 2005 (HmbGVBl. S. 495), zuletzt geändert am 19. Juni 2012 (HmbGVBl. S. 254, 260), durch die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz genehmigt.

Die Satzung wurde am 13. Juli 2015 durch den Präsidenten der Apothekerkammer Hamburg, Kai-Peter Siemsen, ausgefertigt. Sie wurde gemäß § 26 Absatz 2 HmbKGGH im Rundschreiben vom 15. August 2015 (Heft 3 August 2015, S. 73), herausgegeben von der Apothekerkammer Hamburg, Alte Rabenstraße 11 a, 20148 Hamburg, veröffentlicht.

Die Änderung der Gebührensatzung der Apothekerkammer Hamburg ist am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Rundschreiben in Kraft getreten. Die Änderung der Beitrags- und Leistungsordnung der Familien- und Gehaltsausgleichskasse tritt am 1. Januar 2016 in Kraft.

Hamburg, den 25. August 2015

**APOTHEKERKAMMER HAMBURG**

Amtl. Anz. S. 1446

# ANZEIGENTEIL

## Behördliche Mitteilungen

### Auftragsbekanntmachung (Richtlinie 2004/18/EG)

#### ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

##### I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Offizielle Bezeichnung:  
Freie und Hansestadt Hamburg,  
Universität Hamburg  
Postanschrift:  
Mittelweg 177, 20148 Hamburg, Deutschland  
Kontaktstelle(n):  
Zu Händen von: Strategischer Einkauf  
Telefon: +49/040/4 28 38 - 61 43  
Telefax: +49/040/4 28 38 - 73 00

E-Mail:  
strategischereinkauf@verw.uni-hamburg.de  
Internet-Adresse(n):  
Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/des Auftraggebers: www.uni-hamburg.de  
Weitere Auskünfte erteilen:  
die oben genannten Kontaktstellen  
Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:  
die oben genannten Kontaktstellen  
Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:  
siehe Anhang A.III

- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**  
Einrichtung des öffentlichen Rechts
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**  
Bildung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**  
Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

## ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:  
Planung Errichtung BHKW Hesten10/Ohnhorststraße 18.
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:  
Dienstleistungen  
Dienstleistungskategorie Nr: 12  
Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg  
NUTS-Code: DE60
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):  
Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:  
Planungsleistungen zur Errichtung eines Blockheizkraftwerkes Fachplanung nach §55 HOAI Technische Gebäudeausrüstung mit den Leistungsphasen 1-3 sowie 4-9 (optional), betrifft insbesondere die Anlagengruppen 2 (Heizung), 4 (Elektro) und teilweise die Anlagengruppe 1 (Gas-Wasser-Abwasser) und 8 (Gebäudeautomation).
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)  
Hauptgegenstand: 71321000  
Ergänzende Gegenstände: 71322000  
71327000  
71320000  
71356400  
42111000
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Lose:  
Aufteilung des Auftrags in Lose: Nein
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:  
Das Biozentrum in Klein Flottbek der Universität Hamburg (Hesten 10/Ohnhorststraße 18) besteht aus einem 1981/82 erbauten Institutsgebäude und Anbauten in den Jahren 2003/2011.

Ferner dazu gehörig sind Forschungsgewächshäuser und Anzuchtgewächshäuser für den Botanischen Garten. Die Liegenschaft wird über zwei Gaskessel beheizt, von denen einer aus dem Jahr 1989 (2000 KW) stammt und der andere in 2007 (2500 KW) erneuert wurde. Das zu errichtende Blockheizkraftwerk (BHKW) soll in der Technikzentrale, Hesten 10, aufgestellt und in das vorhandene Heizungssystem integriert werden. Ein hydraulischer Abgleich des Bestandsystems inkl. der Anbauten und ggf. Neubauten soll im Zuge der Maßnahme erfolgen.

Auf Grundlage des vorliegenden Gutachtens wird von einem wärmegeführten BHKW ausgegangen mit ca. 600 KW elektrischer bzw. 660 KW thermischer Leistung.

Die Umsetzung dieses energetischen Förderprojektes ist an eine Wirtschaftlichkeit innerhalb von 5 Jahren gebunden. Die abschließende Beurteilung dafür erfolgt nach Leistungsphase 3.

Mit der Planung ist umgehend nach Auftragserteilung zu beginnen. Die Ausführung ist auf den Sommer (Juli bis September) 2016 festgelegt.

Geschätzte Kosten der Maßnahme inkl. Optimierung des Bestandssystems und aller Honorare und der Kostenvarianz belaufen sich auf brutto 1,6 Mio. Euro.

- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:  
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung: –**

## ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:  
Haftpflichtversicherung:  
Personenschäden: 1.500.000 Euro  
Sonstige Schäden: 500.000 Euro  
Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt.
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:  
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter(in).
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:  
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja  
Die jeweiligen Auftragnehmer sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2. März 1974, geändert durch das Gesetz vom 15. August 1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet.

### III.2) Teilnahmebedingungen

#### III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister:

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Die Anträge auf Teilnahme am Vergabeverfahren sind in einem verschlossenen Umschlag, gekennzeichnet mit der Auftragsbezeichnung des Auftraggebers gem. II.1.1) mit Aktenzeichen und Angabe des Öffnungstermins einzureichen.

Wesentliche Unterlagen, die die Vergabe betreffen, sind beim oben genannten Auftraggeber abzufordern. Für den Fall, dass die Bewerberin oder der Bewerber beabsichtigt, sich bei der Erfüllung des Auftrages der Kapazitäten anderer Unternehmen zu bedienen (z.B. durch Unteraufträge), so sind auch für diese Unternehmen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zu diesen bestehenden Verbindungen, sämtliche/folgende in Ziff. III.2.1 bis III.2.3 geforderten Erklärungen und Nachweise vorzulegen. Des Weiteren ist eine Erklärung des anderen Unternehmens vorzulegen, mit der dieses sich verpflichtet, für den Fall der Auftragserteilung an die Bewerberin bzw. den Bewerber, genau anzugebende Leistungen zu erbringen. Folgende in Ziff. III.2.1 bis III.2.3 geforderte Erklärungen und Nachweise gem. VOF sind in der aufgeführten Reihenfolge vorzulegen. Informationsunterlagen sind beim Auftraggeber anzufragen. Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache.

- Kurzportrait, personelle Ausstattung, Projektorganisation, Erklärungen (Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gem. § 3 Hamburgisches Vergabegesetz; Erklärung zur Zahlung von Abgaben und Steuern; Eigenerklärung gem. Richtlinie über den Ausschluss von Bewerbern und Bietern von der Vergabe öffentlicher Aufträge wegen schwerer Verfehlungen, die ihre Zuverlässigkeit in Frage stellen; Erklärung, dass gem. § 4 Abs. 6 Buchstaben a) bis g) VOF und nach § 4 Abs. 9 Buchstaben a) bis e) keine Ausschlussgründe vorliegen).
- Juristische Personen haben einen aktuellen Handelsregisterauszug bzw. eine gleichwertige Bescheinigung des Herkunftslandes, nicht älter als 3 Monate, beizubringen.
- Angaben, ob und auf welche Art die Bewerberin bzw. der Bewerber wirtschaftlich mit Unternehmen verknüpft ist oder ob und auf welche Art sie oder er auf den Auftrag bezogen in relevanter Weise mit Anderen zusammenarbeitet, sofern dem nicht berufsrechtliche Vorschriften entgegenstehen, auch bei Unteraufträgen.
- Namen/berufliche Qualifikation der Personen, die die Leistung im Auftragsfall tatsächlich erbringen sollen.
- Beschreibung von Maßnahmen zur Gewährleistung des Projekterfolges.
- Nennung einer Ansprechpartnerin/eines Ansprechpartners für das Vergabeverfahren.
- Auszug aus dem Gewerbezentralregister bzw. Partnerschaftsregister des jeweiligen Amtsgerichtes bzw. Eintrag in die Architektenliste

der Architektenkammer bzw. in die Liste der Ingenieurkammer Bau.

- Einwilligung des/der Geschäftsführer(s) bzw. sonstigen verantwortlich handelnden Personen zur Nutzung ihrer Daten für eine Abfrage beim Register zum Schutz fairen Wettbewerbs mit Namen, Vornamen, Geburtsdatum und Geburtsort.

#### III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Bescheinigung über den Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung.

Umsätze der letzten 3 Geschäftsjahre.

Präsenz vor Ort.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

- Vgl. III.1.1
- Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung oder eine entsprechende, umfassende Bankerklärung (min. 1,5 Mio. Euro für Personenschäden, min. 0,5 Mio. Euro für sonstige Schäden).
- Erklärung über gemittelten Gesamtumsatz der letzten 3 Jahre für den Leistungsbereich § 33 HOAI in den letzten 3 Geschäftsjahren (je Jahr 2011, 2012, 2013) (§ 5 Abs. 4 c VOF).
- Geforderter Mindeststandard:  
Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mind. 300.000 Euro (netto) erreichen.

#### III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Erklärung über Ausstattung, Geräte, technische Ausrüstung, PC-Programme;

Eine Liste der wesentlichen in den letzten drei Jahren erbrachten Leistungen mit der Angabe des Rechnungswertes, der Leistungszeit sowie der öffentlichen oder privaten Auftraggeber der erbrachten Dienstleistungen,

- bei Leistungen für öffentliche Auftraggeber durch eine von der zuständigen Behörde ausgestellte oder beglaubigte Bescheinigung,
- bei Leistungen für private Auftraggeber durch eine vom Auftraggeber ausgestellte Bescheinigung; ist eine derartige Bescheinigung nicht erhältlich, so ist eine einfache Erklärung des Bewerbers zulässig.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers für die Leistung vorgesehenen Personen. Aus den Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Objekten ersichtlich werden.

Erfahrungen mit öffentlichen Auftraggebern Kenntnisse mit dem Abgleich komplexer Heizsysteme.

#### III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: -

### III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

#### III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Ja

- Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift: § 19 Abs. 2 und 3 VOF. Es handelt sich um Dienstleistungen des Ingenieurbaus/Leistungsbild gem. § 55 HOAI.
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:  
Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

#### ABSCHNITT IV: VERFAHREN

- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren  
Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:  
Geplante Mindestzahl: 3 und Höchstzahl: 5  
Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:  
Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte und eingereichten Unterlagen unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert. Die Auswahl erfolgt in den Kriterien: Finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit (Gewichtung mit 5 Prozent) – Fachliche Eignung (Gewichtung mit 80 Prozent) – Sonstige Bewertungskriterien (Gewichtung mit 15 Prozent) mit einer Bewertung zwischen 0 bis maximal 5 Punkten. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmer am weiteren Verfahren unter den geeigneten Bewerbern zu lösen.
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:  
Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien:  
Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion  
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:  
Vergabenummer: VOB/VOF2015 034VV;  
Aktenzeichen: 910.1405-2015/034

- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung: –
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:  
6. Oktober 2015, 11.00 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:  
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

#### ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**  
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: –
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**  
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: –
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:** –
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/  
Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren  
Offizielle Bezeichnung:  
Freie und Hansestadt Hamburg,  
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,  
Vergabekammer  
Postanschrift:  
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,  
Deutschland  
Telefax: +49/40/4 28 40 - 20 39
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)  
Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:  
Gem. § 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB ist ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**  
13. August 2015

Hamburg, den 14. August 2015

Universität Hamburg

**Auftragsbekanntmachung  
(Richtlinie 2004/18/EG)**

**ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER**

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**  
 Offizielle Bezeichnung:  
 Freie und Hansestadt Hamburg  
 Finanzbehörde,  
 Referat für Einkaufs- und Ausschreibungsdienste  
 Postanschrift:  
 Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland  
 Kontaktstelle(n):  
 Zu Händen von Herrn Krieser  
 Telefon: +49/040/428 23 - 13 86  
 Telefax: +49/040/427 31 - 06 86  
 E-Mail: ausschreibungen@fb.hamburg.de  
 Internet-Adresse:  
 www.ausschreibungen.hamburg.de  
 Weitere Auskünfte erteilen:  
 die oben genannten Kontaktstellen  
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen  
 (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:  
 die oben genannten Kontaktstellen  
 Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:  
 siehe Anhang A.III
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**  
 Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**  
 Allgemeine öffentliche Verwaltung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**  
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

**ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND**

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:  
 Glas- und Gebäudereinigung in der Schule Rönk kamp, Rönk kamp 3-5, 22457 Hamburg, für die Zeit vom 1. März 2016 bis auf Weiteres.
- II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:  
 Dienstleistungen  
 Dienstleistungskategorie Nr: 14  
 Gebäudereinigung und Hausverwaltung  
 Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: 22457 Hamburg  
 NUTS-Code: DE600
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):  
 Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:  
 Glas- und Gebäudereinigung in einer Schule.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)  
 Hauptgegenstand: 90919300  
 Ergänzende Gegenstände: 90911300
- II.1.7) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)  
 Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Lose  
 Aufteilung des Auftrags in Lose: Nein
- II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote  
 Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:  
 Gebäudereinigung: 3.129 m<sup>2</sup>  
 Glasreinigung:  
 Außenglas und Rahmen: 1.696 m<sup>2</sup>  
 Innenglas: 221 m<sup>2</sup>
- II.2.2) Angaben zu Optionen:  
 Optionen: nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung  
 Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung: –

**ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN**

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten: –
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: –
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen  
 Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: ja  
 Darlegung der besonderen Bedingungen:  
 Der Auftraggeber (AG) erwartet, dass von den im Angebot aufgeführten kalkulatorischen Arbeitsstunden nur maximal 40% mit geringfügig beschäftigten Reinigungskräften (Geringverdiener) erbracht werden. Soweit die täglich zu leistenden Arbeitsstunden es zulassen, sollte ein weitestgehender Verzicht auf Geringverdiener angestrebt werden. Im Angebot ist die beabsichtigte Quote transparent darzustellen. Von allen Bietern muss mit dem Angebot die ausgefüllte und unterschriebene „Eigenerklärung zur Tarifreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß § 3 Hamburgisches Vergabegesetz“ eingereicht werden.

### III.2) Teilnahmebedingungen

#### III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Von allen Bietern ist eine Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit abzugeben. Die Angaben werden ggf. von der Vergabestelle durch eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150 a Gewerbeordnung (GewO) überprüft: Von in- und ausländischen Bietern wird von der Vergabestelle für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärungen, eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister (§ 150 a Gewerbeordnung) beim Bundesamt für Justiz angefordert; von ausländischen Bietern wird ggf. eine gleichwertige Bescheinigung ihres Herkunftslandes gefordert. Die Finanzbehörde behält sich vor, nach Angebotsabgabe von den aussichtsreichen Bietern auf gesonderte Anforderung entsprechende Bescheinigungen: Steuerliche Bescheinigung zur Beteiligung an Öffentlichen Aufträgen bzw. Bescheinigung in Steuersachen, Unbedenklichkeitsbescheinigungen der Krankenkasse, Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft abzufordern. Die Bescheinigungen sind in aktueller Fassung einzureichen und dürfen nicht älter als ein Jahr sein.

#### III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Sofern ein Bieter bis zum Einreichungstermin keine Reinigungsaufträge für die FHH ausgeführt hat, sind möglichst aktuelle Referenzen über anderweitige gleichartige Reinigungsdienstleistungen (möglichst in vergleichbaren Objekten) beizubringen (Aufstellung mit Adresse, Name des aktuellen Ansprechpartners, Telefon). Bieter, die sich in den letzten 12 Monaten im Bereich „Gebäudereinigung“ betätigt haben und sich in diesem Zeitraum um öffentliche Aufträge beworben haben, können sich auf frühere Angaben beziehen, sofern sich zwischenzeitlich keine Änderungen ergeben haben. Leistungsmängel und negative Erfahrungen der FHH mit einem Bieter, die sich auf Reinigungsverträge in der Vergangenheit beziehen, finden im Rahmen der Eignungsprüfung ebenfalls Berücksichtigung und können die Leistungsfähigkeit eines Bieters bis hin zum Angebotsausschluss beeinträchtigen. U. a. begründen Abmahnungen und fristlose Kündigungen in jüngerer Vergangenheit wegen mangelnder Reinigungsleistung eines Bieters eine genaue Überprüfung durch die Vergabestelle. Unter Zugrundelegung der Unternehmensverhältnisse zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe wird dann in Einzelprüfung festgestellt, ob das Angebot wegen der in der Vergangenheit aufgetretenen Mängel und negativen Erfahrungen von der weiteren Wertung ausgeschlossen wird.

#### III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) erwartet die Anwendung neuester Techniken und Erkenntnisse des Gebäudereinigerhandwerks

und verlangt mit den Reinigungsleistungen nicht nur die Erbringung von säubernden, sondern auch von pflegenden und substanzerhaltenden Tätigkeiten. Aus diesem Grund werden gesteigerte Voraussetzungen an das Vorliegen der Fachkunde geknüpft. Fachkundig ist der Bieter, der durch Vorlage einer Kopie seiner gültigen Handwerkskarte der zuständigen Handwerkskammer die Eintragung als zulassungsfreies Handwerk „Gebäudereiniger“ belegt. Darüber hinaus ist der Nachweis zu führen, dass der Inhaber des Reinigungsunternehmens über eine abgeschlossene Berufsausbildung im Gebäudereinigerhandwerk (Geselle/Gesellin im Gebäudereinigerhandwerk) verfügt oder der Betrieb an verantwortlicher Stelle durch eine(n) Gesellen/Gesellin geführt wird. Bieter aus dem Ausland können ihre Fachkunde durch die Beschäftigung eines Gesellen/Gesellin im Gebäudereinigerhandwerk an verantwortlicher Stelle oder durch Beschäftigte, die einen den vorgenannten deutschen Abschlüssen vergleichbaren Abschluss aufweisen, belegen. Gleichwertige Bescheinigungen bzw. Nachweise von Stellen ihres Heimatlandes sind mit einer Übersetzung in die deutsche Sprache vorzulegen. Wird die ausgeschriebene Leistung auf Glasreinigungsarbeiten beschränkt, so ist der Einsatz eines Facharbeiters in aufsichtführender Position für die Erfüllung der von der FHH geforderten gesteigerten Fachkunde ausreichend.

#### III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

#### III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

##### III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: nein

##### III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: nein

### ABSCHNITT IV: VERFAHREN

#### IV.1) Verfahrensart

##### IV.1.1) Verfahrensart: Offen

##### IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

##### IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

#### IV.2) Zuschlagskriterien

##### IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung
1. Preis	70
2. Qualität	30

##### IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: nein

- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:  
2015000081
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung  
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 26. Oktober 2015  
Kostenpflichtige Unterlagen: Nein  
Über das Online-Portal HamburgService (gateway.hamburg.de) können Sie sich für den Dienst Ausschreibungen registrieren und erhalten dort die Ausschreibungsunterlagen kostenfrei. Die Ausschreibungsunterlagen können nicht mehr in Papierform erworben werden.
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:  
16. Oktober 2015, 14.00 Uhr.
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können  
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: bis 29. Februar 2016
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

#### ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**  
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**  
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:** –
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren:  
Offizielle Bezeichnung:  
Vergabekammer bei der Finanzbehörde  
Postanschrift:  
Große Bleichen 27, 20354 Hamburg, Deutschland  
Telefon: +49/040/4 28 23 - 14 48  
Telefax: +49/040/4 28 23 - 20 20  
E-Mail: dieter.carmesin@fb.hamburg.de
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen  
Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:  
Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die

Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:  
Offizielle Bezeichnung:  
Vergabekammer bei der Finanzbehörde  
Postanschrift:  
Große Bleichen 27, 20354 Hamburg, Deutschland  
Telefon: +49/040/4 28 23 - 14 48  
Telefax: +49/040/4 28 23 - 20 20
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**  
24. August 2015

#### ANHANG A

#### SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

- I) **Adressen und Kontaktstellen, die weitere Auskünfte erteilen:** –
- II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind:** –
- III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/Teilnahmeanträge zu senden sind:**  
Offizielle Bezeichnung:  
Finanzbehörde Hamburg  
Postanschrift:  
Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland  
Kontaktstelle(n): Hauptgeschäftsstelle  
Telefon: + 49/40/4 28 23 - 13 80  
Telefax: + 49/40/4 28 23 - 14 02  
E-Mail:  
finanzbehoerde.poststelle@fb.hamburg.de

Hamburg, den 24. August 2015

**Die Finanzbehörde**

719

#### Öffentliche Ausschreibung

- a) SBH | Schulbau Hamburg,  
U 40 Einkauf/Vergabe,  
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,  
Telefon: 040/4 28 23 - 62 94,  
Telefax: 040/4 27 31 - 01 43,  
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Öffentliche Ausschreibung
- e) Kielortallee 18-20, 20144 Hamburg
- f) Vergabenummer: **SBH VOB Ö 52/15 S**

#### Erweiterung und Sanierung

Auf dem Grundstück der Grundschule Kielortallee soll ein viergeschossiges Klassengebäude mit Sporthalle und Pausenhalle sowie Teilkeller errichtet werden. Der Neubau wird an das bestehende Schulgebäude angeschlossen und in Massivbauweise errichtet werden. Das bestehende Schulgebäude von 1904 wird kernsaniert.

- **Los 1: Gewerk Profilglasfassade**
- **Los 2: Gewerk Metall-Innentüren**
- **Los 3: Gewerk Tischlerarbeiten**
- **Los 4: Gewerk Fluchttreppe + Geländer**
- **Los 5: Gewerk Prallwand**

HINWEIS: Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

- g) Entfällt
- h) **Los 1: Gewerk Profilglasfassade**  
 Leistungsumfang: etwa 210 m<sup>2</sup> Profilglasfassade im III. Obergeschoss des Neubaus (Sporthalle).
- Los 2: Gewerk Metall-Innentüren**  
 Leistungsumfang: etwa 4 Metall-Glastüren im Neubau und 25 Metall-Glastüren im Altbau (jeweils mit Brandschutzanforderungen).
- Los 3: Gewerk Tischlerarbeiten**  
 Leistungsumfang: etwa 25 Innentüren mit Stahlzargen im Neubau, etwa 85 Innentüren mit Stahlzarge im Altbau, teilweise mit Brandschutzanforderungen. Aufarbeitung von etwa 12 bestehenden Kassettentüren im Altbau. Etwa 320 m Fensterbänke (HPL beschichtet).
- Los 4: Gewerk Fluchttreppe und Geländer**  
 Leistungsumfang: etwa 40 m Stahltreppengeländer im Neubau. 1 Stück Stahlaußentreppe (viergeschossig) am Altbau.
- Los 5: Gewerk Prallwand, Sporthallentore und -türen**  
 Leistungsumfang im Neubau: etwa 120 m<sup>2</sup> Prallwand. 2 Stück Geräteraumtore. 4 Stück Sporthalleninnentür. 1 Sporthallenaußentür. 3 ballwurfsichere Innenfenster.
- i) Baubeginn:  
 Profilglasfassade: ca. Juni 2016  
 Metallinnentüren: ca. Juni 2016  
 Tischler: ca. Juni 2016  
 Fluchttreppe und Geländer: ca. Februar 2016  
 Prallwand: ca. November 2016
- Bauende:  
 Profilglasfassade: ca. Juli 2016  
 Metallinnentüren: ca. September 2016  
 Tischler: ca. Dezember 2016  
 Fluchttreppe und Geländer: ca. Oktober 2016  
 Prallwand: ca. Januar 2017
- j) Nebenangebote sind nicht zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme vom 26. August 2015 bis 21. September 2015, 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe a).
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 10,- Euro pro Los  
 Erstattung: Nein  
 Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen. Barzahlung ist NICHT möglich.  
 Empfänger:  
 SBH Schulbau Hamburg,  
 Kontonummer: 201 015 29, BLZ: 200 000 00,  
 IBAN DE 252 0000000020101529,  
 BIC MARKDEF1200,  
 Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg,  
 Verwendungszweck: SBH VOB Ö 52/15 S

Bitte geben Sie bei der Abforderung zwingend das LOS oder die LOSE an, für welche Sie die Unterlagen wünschen und beachten, dass der Betrag von 10,- Euro pro Los fällig wird. Bei Abforderung der Unterlagen zu mehreren Losen summiert sich der Betrag entsprechend auf.

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bitte Anforderungsschreiben zusammen mit dem Zahlungsbeleg an die Anschrift unter Buchstabe a) per Telefax oder an die E-Mail-Adresse senden. Bitte nur **eine** der Varianten wählen. Auf der Anforderung bitte die Belegenheit, das Gewerk und die Vergabenummer angeben.

- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 22. September 2015, für Los 1 bis 10.00 Uhr, für Los 2 bis 10.30 Uhr, für Los 3 bis 11.00 Uhr, für Los 4 bis 11.30 Uhr und für Los 5 bis 13.30 Uhr eingereicht werden.
- o) Anschrift:  
 SBH | Schulbau Hamburg,  
 U 40 Einkauf/Vergabe,  
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
- p) Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote finden statt am 22. September 2015, für Los 1 um 10.00 Uhr, für Los 2 um 10.30 Uhr, für Los 3 um 11.00 Uhr, für Los 4 um 11.30 Uhr und für Los 5 um 13.30 Uhr.  
 Anschrift: siehe Buchstabe o).  
 Bei der Submission zugelassene Personen:  
 Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) Siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen.  
 Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer  
 oder
- Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (nicht älter als 6 Monate),
  - Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate),
  - Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate),
  - Umsätze aus den letzten drei Jahren (2011, 2012, 2013),
  - mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen, nicht älter als drei Jahre,
- und
- gültige Freistellungsbescheinigung.
- Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 21. Oktober 2015.
- w) Beschwerdestelle:  
 FB SBH | Schulbau Hamburg,  
 Frau Gertrud Theobald, Geschäftsführerin  
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,  
 Telefax: 040/42731-0137

Hamburg, den 25. August 2015

**Die Finanzbehörde**

720

## Eichdirektion Nord, Kiel

## Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014

## Bilanz

AKTIVA	31.12.2014	31.12.2013
	EUR	EUR
<b>A. ANLAGEVERMÖGEN</b>		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	26.190,67	19.013,41
II. Sachanlagen		
1. Technische Anlagen und Maschinen	736.671,74	848.500,76
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.066.189,64	1.136.964,06
	1.802.861,38	1.985.464,82
	1.829.052,05	2.004.478,23
<b>B. UMLAUFVERMÖGEN</b>		
I. Vorräte		
Waren	59.741,23	57.215,52
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	483.308,47	456.352,97
2. Forderungen gegen Anstaltsträger - davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 15.507.577,00 (EUR 14.436.641,80)	16.463.616,46	15.393.223,30
3. Sonstige Vermögensgegenstände	84.874,95	2.974,94
	17.031.799,88	15.852.551,21
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	5.678.467,95	4.766.758,54
	22.770.009,06	20.676.525,27
<b>C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN</b>	69.906,11	190.383,99
<b>Summe Aktiva</b>	<b>24.668.967,22</b>	<b>22.871.387,49</b>

PASSIVA	31.12.2014	31.12.2013
	EUR	EUR
<b>A. EIGENKAPITAL</b>		
I. Gezeichnetes Kapital	2.610.000,00	2.610.000,00
II. Kapitalrücklage	791.375,87	791.375,87
	<b>3.401.375,87</b>	<b>3.401.375,87</b>
<b>B. RÜCKSTELLUNGEN</b>		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	18.216.207,35	16.259.601,88
2. Sonstige Rückstellungen	2.973.678,86	3.090.835,18
	<b>21.189.886,21</b>	<b>19.350.437,06</b>
<b>C. VERBINDLICHKEITEN</b>		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	77.019,35	108.545,85
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 77.019,35 (EUR 108.545,85)		
2. Sonstige Verbindlichkeiten	685,79	11.028,71
- davon aus Steuern: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 9.124,72)		
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 1.903,99)		
	<b>77.705,14</b>	<b>119.574,56</b>
<b>Summe Passiva</b>	<b>24.668.967,22</b>	<b>22.871.387,49</b>

## Eichdirektion Nord, Kiel

## Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014

## Gewinn- und Verlustrechnung

	2014	2013
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	6.797.967,29	6.656.941,33
2. Sonstige betriebliche Erträge	394.887,25	71.402,89
	7.192.854,54	6.728.344,22
3. Materialaufwand Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren	49.881,65	54.019,59
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	3.949.751,45	3.955.293,25
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung - davon für Altersversorgung: EUR 738.779,09 (Vorjahr: EUR 316.409,73)	1.361.519,28	910.797,89
	5.311.270,73	4.866.091,14
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegen- stände des Anlagevermögens und Sachanlagen	434.440,79	421.740,80
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.415.967,78	1.483.942,11
<b>7. Betriebsergebnis</b>	<b>-18.706,41</b>	<b>-97.449,42</b>
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	9.646,51	52.514,96
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen - davon aus Aufzinsung: EUR 321.135,00 (Vorjahr: EUR 305.644,00)	321.135,00	305.644,00
<b>10. Finanzergebnis</b>	<b>-311.488,49</b>	<b>-253.129,04</b>
<b>11. Ergebnis der gewöhnliche Geschäftstätigkeit</b>	<b>-330.194,90</b>	<b>-350.578,46</b>
12. Außerordentliche Aufwendungen	55.014,74	55.014,74
<b>13. Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>-55.014,74</b>	<b>-55.014,74</b>
<b>14. Jahresergebnis vor Steuern</b>	<b>-385.209,64</b>	<b>-405.593,20</b>
15. Steuern vom Ertrag	6.182,76	8.059,32
16. Sonstige Steuern	-27.264,33	-12.118,12
<b>17. Jahresfehlbetrag</b>	<b>-406.291,21</b>	<b>-409.652,00</b>
18. Erträge aus Verlustübernahme	406.291,21	409.652,00
<b>19. Bilanzgewinn</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

**Eichdirektion Nord, Kiel**  
**Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014**

**Entwicklung des Anlagevermögens**

	Entwicklung der historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten				Entwicklung der Abschreibungen				Restbuchwerte		
	Stand 1.1.2014 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Stand 31.12.2014 EUR	Stand 1.1.2014 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Stand 31.12.2014 EUR	Stand 1.1.2014 EUR	Stand 31.12.2014 EUR	Anteil in %*
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>											
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	258.893,97	15.683,70	33.750,29	240.827,38	239.880,56	8.468,19	33.712,04	214.636,71	19.013,41	26.190,67	10,88
<b>II. Sachanlagen</b>											
1. Technische Anlagen und Maschinen	3.095.105,48	96.093,30	311.503,00	2.879.695,78	2.246.604,72	160.508,63	264.089,31	2.143.024,04	848.500,76	736.671,74	25,58
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.793.480,63	195.758,74	108.004,58	2.881.234,79	1.656.516,57	265.463,97	106.935,39	1.815.045,15	1.136.964,06	1.066.189,64	37,00
	5.888.586,11	291.852,04	419.507,58	5.760.930,57	3.903.121,29	425.972,60	371.024,70	3.958.069,19	1.985.464,82	1.802.861,38	31,29
<b>Summe Anlagevermögen</b>	6.147.480,08	307.535,74	453.257,87	6.001.757,95	4.143.001,85	434.440,79	404.736,74	4.172.705,90	2.004.478,23	1.829.052,05	30,48

\* Bezogen auf die Anschaffungs- und Herstellungskosten per 31. Dezember 2014.

## ANHANG zum 31. Dezember 2014 der Eichdirektion Nord, Kiel

### I.

#### Allgemeine Angaben

##### 1. Grundlagen der Rechnungslegung

Der vorliegende Jahresabschluss wurde nach den maßgeblichen Vorschriften des Handelsgesetzbuches und den einschlägigen Vorschriften des Staatsvertrages über die Eichdirektion Nord aufgestellt.

Die Eichdirektion Nord wurde durch das Gesetz des Landes Schleswig-Holstein vom 11. Dezember 2003 sowie durch das Gesetz der Freien und Hansestadt Hamburg vom 20. Dezember 2003 zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Errichtung der Eichdirektion Nord als rechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts mit Sitz in Kiel errichtet. Die Eichverwaltung Mecklenburg-Vorpommern ist der Eichdirektion Nord auf Grundlage des 1. Änderungsstaatsvertrages EDN in der Fassung vom 10. Dezember 2007 beigetreten.

Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung sind entsprechend den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches gem. §§ 266, 275 HGB gegliedert. Die Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt nach dem Gesamtkostenverfahren gem. § 275 Abs. 2 HGB.

Es wurden rechtsformspezifische Anpassungen der Postenbezeichnungen bei den Forderungen und den Erlösen vorgenommen.

##### 2. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** und das **Sachanlagevermögen** sind zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen angesetzt.

Als Abschreibungsmethode wurde die lineare Absetzung für Abnutzung gewählt.

Geringwertige Wirtschaftsgüter wurden im Jahr des Zugangs gem. § 6 Abs. 2 EStG in voller Höhe abgeschrieben, wenn der Wert für das einzelne Wirtschaftsgut € 150 nicht überstieg. Bei einem Wert zwischen € 150 und € 1.000 wurde ein Sammelposten gebildet, der im Wirtschaftsjahr der Bildung und den nachfolgenden vier Wirtschaftsjahren mit jeweils einem Fünftel gewinnmindernd aufgelöst wird (§ 6 Abs. 2a EStG).

Die **Vorräte (Waren)** wurden mit den Anschaffungskosten bzw. unter Beachtung des Niederstwertprinzips mit dem niedrigeren, am Abschlussstichtag beizulegenden Wert angesetzt.

Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** wurden grundsätzlich zum Nominalwert angesetzt. Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden Einzelwertberichtigungen für akute Ausfallrisiken gebildet.

**Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten** sind zum Nennwert angesetzt.

Die **Rückstellungen** wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt.

Die handelsbilanzielle Bewertung der Altersversorgungs- und Beihilfeverpflichtungen richtet sich nach

§ 253 Abs. 1 und 2 HGB. Bei der Bewertung nach dem Bilanzrechtmodernisierungsgesetz (BilMoG) wurde der als Rechnungszins vorgeschriebene, von der Bundesbank ermittelte und veröffentlichte durchschnittliche Marktzinssatz, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (zum 31.12.2014 4,53%) sowie eine Gehaltsdynamik von 1,3% p. a. berücksichtigt.

Für die Berechnung der Rückstellungen wurden als biometrische Rechnungsgrundlagen die „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck gewählt. Die Bewertung erfolgte nach dem Teilwertverfahren. Bei der Berechnung der Teil- und Barwerte wurden die anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik angewandt.

Die langfristigen sonstigen Rückstellungen aus Alterszeitverpflichtungen werden mit dem ihrer Laufzeit entsprechenden Marktzinssatz von 2,86% der Deutschen Bundesbank unter Berücksichtigung einer Gehaltsdynamik von 1,3% abgezinst.

Die **Verbindlichkeiten** wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag passiviert.

### II.

#### Erläuterungen zur Bilanz

##### Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist dem Anlagenspiegel zu entnehmen. Die Abschreibungen des laufenden Geschäftsjahres ergeben sich aus dem Anlagenspiegel (§ 268 Abs. 2 Satz 3 HGB).

##### Eigenkapital

Die Eichdirektion Nord ist laut § 2 Abs.1 des Staatsvertrages mit einem Stammkapital in Höhe von T€ 2.610 ausgestattet. Davon haben die Freie und Hansestadt Hamburg T€ 530, das Land Schleswig-Holstein T€ 1.250 und das Land Mecklenburg-Vorpommern T€ 830 durch Sacheinlagen geleistet. Die über diese Beiträge hinausgehenden Sach- und Kapitaleinlagen werden in der Kapitalrücklage ausgewiesen. Die Kapitalrücklage beträgt T€ 791.

##### Rückstellungen

Die sich durch die Erstanwendung der geänderten Bewertungsmethoden bei den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie bei den in den sonstigen Rückstellungen enthaltenen Verpflichtungen aus Beihilfen ergebenden Unterschiedsbeträge sollen in Ausübung des Wahlrechts gem. Art. 67 Abs. 1 S.1 EGHGB bis zum 31. Dezember 2024 in jedem Geschäftsjahr zu mindestens einem Fünftel angesammelt werden. Im Geschäftsjahr wird zu der Rückstellung für Pensionen ein Betrag in Höhe von T€ 112 und zu der Rückstellung für Beihilfen ein Betrag in Höhe von T€ 11 zugeführt.

Die in der Bilanz nicht ausgewiesene Rückstellung für Pensionen beträgt T€ 1.122, die nicht ausgewiesene Rückstellung für Beihilfen beträgt T€ 107. Korrespondierend wurden die Erstattungsansprüche gegen die Trägerländer bezüglich der Verpflichtungen, die vor dem 1. Januar 2004 (Hamburg und Schleswig-Holstein) bzw. vor dem 1. Januar

2008 (Mecklenburg-Vorpommern) entstanden sind, nicht aktiviert. Die nicht gebuchten Forderungen gegen die Trägerländer betragen aus Pensionsverpflichtungen T€ 616 und aus Beihilfeverpflichtungen T€ 62. Davon entfallen auf das Land Hamburg T€ 121, auf das Land Schleswig-Holstein T€ 407 und auf das Land Mecklenburg-Vorpommern T€ 150.

Die sonstigen Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	T€
Urlaubsrückstellungen Eichdirektion Nord	147
Rückstellungen für geleistete Mehrarbeit	32
Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen	292
Rückstellungen für Abschluss- und Prüfungskosten	48
Rückstellungen für Beihilfe	2.063
Sonstiges	391
	2.973

### Verbindlichkeiten

Für die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen bestehen die üblichen Eigentumsvorbehalte. Im Übrigen sind die Verbindlichkeiten unbesichert.

### Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum Bilanzstichtag bestanden finanzielle Verpflichtungen aus Leasingverträgen in Höhe von T€ 18 sowie aus Miet- und Bewirtschaftungsverträgen in Höhe von insgesamt T€ 875. Davon entfallen für das Jahr 2015 wie folgt auf die Trägerländer:

- |   |        |
|---|--------|
| a) Liegenschaften in Hamburg                | T€ 260 |
| b) Liegenschaften in Schleswig-Holstein     | T€ 182 |
| c) Liegenschaften in Mecklenburg-Vorpommern | T€ 116 |

### III.

#### Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind **periodenfremde Erträge** in Höhe von T€ 357 enthalten. Hierbei handelt es sich um Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (T€ 201), Gewinne aus dem Abgang von Anlagevermögen (T€ 111), Altersteilzeiterstattungen aus dem Jahr 2013 (T€ 29), Guthaben aus Bewirtschaftungskosten (T€ 10), sowie sonstige periodenfremde Erträge (T€ 6).

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind **periodenfremde Aufwendungen** in Höhe von T€ 35 enthalten. Davon resultieren T€ 14 aus Verlusten aus dem Abgang von Anlagevermögen, T€ 8 aus Nachzahlungen für Bewirtschaftungskosten, T€ 5 aus Forderungsverlusten aus dem Vorjahr sowie T€ 8 aus sonstigen periodenfremden Aufwendungen.

Das **außerordentliche Ergebnis** resultiert aus der Anwendung des BilMoG. Die außerordentlichen Aufwendungen betreffen die anteiligen Zuführungen zu den Rückstellungen für Pensionen (T€ 51) sowie für Beihilfe (T€ 4).

### IV.

#### Sonstige Angaben

##### 1. Personalstand

Im Geschäftsjahr 2014 waren durchschnittlich 36 Beamtinnen und Beamte, sowie 63 Beschäftigte tätig.

Die Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB wird in Anspruch genommen.

##### 2. Verwaltungsrat

Verena Krüger  
(Vorsitzende vom 01.01.2014 bis 31.12.2014)  
Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus  
des Landes Mecklenburg-Vorpommern  
Leitung Referat Personalangelegenheiten, Justitiariat

Dorothea Werk-Dorenkamp  
(Stellvertretende Vorsitzende vom 01.01.2014  
bis 31.12.2014, Vorsitzende ab 01.01.2015)  
Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation  
der Freien und Hansestadt Hamburg  
Leitung Abteilung Wirtschaftsordnung,  
Berufszugangsrecht, Mess- und Eichwesen

Frank Hunsrügge  
(Stellvertretender Vorsitzender ab 01.01.2015)  
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und  
Technologie des Landes Schleswig-Holstein  
Leitung Referat Justitiariat, Gnadenangelegenheiten

Rolf Bergmann  
Eichdirektion Nord – Mitarbeitervertreter

Katrin Buskase  
Finanzministerium des Landes  
Mecklenburg-Vorpommern  
Leitung Referat Zentrales Personalmanagement

Markus Caspar  
Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation  
der Freien und Hansestadt Hamburg  
Mitarbeiter Abteilung Beteiligungsverwaltung und  
Betriebswirtschaftlicher Prüfdienst  
(Mitglied bis 28.02.2014)

Regina Klein  
Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein  
Mitarbeiterin Referat Beteiligungsverwaltung,  
Bürgschaften, Bank-, Kredit- und Wertpapierwesen  
(Mitglied ab 21.03.2015)

Ulrich Kolß  
Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation  
der Freien und Hansestadt Hamburg  
Mitarbeiter Abteilung Beteiligungsverwaltung  
und Betriebswirtschaftlicher Prüfdienst  
(Mitglied ab 01.03.2014)

Annette Petersen  
Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein  
Mitarbeiterin Referat Beteiligungsverwaltung,  
Bürgschaften, Bank-, Kredit- und Wertpapierwesen  
(Mitglied bis 20.03.2015)

##### 3. Abschlussprüferhonorar

Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2014 berechnete Gesamthonorar beträgt T€ 12. Das Honorar wurde ausschließlich für Abschlussprüfungsleistungen erhoben.

##### 4. Vorstand

Dr. Herbert Weit  
(technischer Vorstand; Sprecher des Vorstands)

Gerd Hansen  
(kaufmännischer Vorstand)

Kiel, 31. März 2015

#### Eichdirektion Nord

Dr. Herbert Weit                      Gerd Hansen

1460

Dienstag, den 1. September 2015

Amtl. Anz. Nr. 68

## Sonstige Mitteilungen

### Öffentliche Ausschreibung gemäß § 3 Nummer 1 VOB/A

f&w fördern und wohnen AöR,  
– Abteilung Beschaffungsmanagement –,  
Grüner Deich 17, 20097 Hamburg,  
Telefon: +49/040/4 28 35 - 31 63  
Telefax: +49/040/4 28 35 - 35 11

Ausschreibung Nr. **AÖA 092-2015**

**Elektroarbeiten für den Neubau einer Wohnanlage in Modulbauweise**, bestehend aus 9 Wohnhäusern, 2 Betriebsgebäuden sowie einem Verwaltungsgebäude in Hamburg.

Frist für den Eingang der Angebote: 14. September 2015, 11.00 Uhr

Sämtliche erforderlichen Angaben und Unterlagen können kostenfrei aus dem Internet heruntergeladen werden unter:

[www.foerdernundwohnen.de](http://www.foerdernundwohnen.de)

→ Unternehmen  
→ Ausschreibungen  
→ Ausschreibungen für Leistungen (VOL) und Bauleistungen (VOB)  
→ AÖA 092-2015

Nähere Angaben entnehmen Sie bitte der genannten Homepage.

Hamburg, den 24. August 2015

**f & w fördern und wohnen AöR** 722

### Öffentliche Ausschreibung gemäß § 3 Nummer 1 VOB/A

f&w fördern und wohnen AöR,  
– Abteilung Beschaffungsmanagement –,  
Grüner Deich 17, 20097 Hamburg,  
Telefon: +49/040/4 28 35 - 31 63  
Telefax: +49/040/4 28 35 - 35 11

Ausschreibung Nr. **AÖA 093-2015**

**Sanitär und Heizung für den Neubau einer Wohnanlage in Modulbauweise**, bestehend aus 9 Wohnhäusern, 2 Be-

triebsgebäuden sowie einem Verwaltungsgebäude in Hamburg.

Frist für den Eingang der Angebote: 14. September 2015, 13.00 Uhr

Sämtliche erforderlichen Angaben und Unterlagen können kostenfrei aus dem Internet heruntergeladen werden unter:  
[www.foerdernundwohnen.de](http://www.foerdernundwohnen.de)

→ Unternehmen  
→ Ausschreibungen  
→ Ausschreibungen für Leistungen (VOL) und Bauleistungen (VOB)  
→ AÖA 092-2015

Nähere Angaben entnehmen Sie bitte der genannten Homepage.

Hamburg, den 24. August 2015

**f & w fördern und wohnen AöR** 723

### Gläubigeraufruf

Der Verein **Schulverein an der Beruflichen Schule Steinhauerdamm G5 e.V.** (Amtsgericht Hamburg, Nr. 69 VR 9675) mit Sitz in Hamburg ist aufgelöst worden. Die Gläubiger werden gebeten, ihre Ansprüche bei dem Verein anzumelden.

Hamburg, den 14. August 2015

**Die Liquidatoren** 724

### Gläubigeraufruf

Der Verein zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund e.V. ist am 12. August 2015 aufgelöst worden. Zu Liquidatorinnen wurden Frau Prof. Dr. Ursula Neumann und Frau Prof. Dr. Dr. hc Ingrid Gogolin bestellt. Die Gläubiger werden gebeten, ihre Ansprüche bei den Liquidatorinnen unter der Anschrift Universität Hamburg, Fakultät 4, Von-Melle-Park 8, 20146 Hamburg, anzumelden.

Hamburg, den 18. August 2015

**Die Liquidatorinnen** 725